

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönfahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 180

Anzeigenpreis: für 1 mcm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Dienstag, den 4. August

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Bandmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstag kam es wieder zu turbulenten Szenen. Zwei kommunistische Abgeordnete wurden durch die Polizei aus dem Sitzungssaal entfernt.

* In Schneidemühl treffen Tausende von deutschen Flüchtlingen ein, die von der polnischen Regierung ausgewiesen wurden.

* Die französische Regierung wirbt jetzt Freiwillige für Marokko.

Zinsterstes Mittelalter.

Eine englische Zeitung schreibt soeben, das Verhalten der Polen in der Optantenfrage erinnere an das finstere Mittelalter. Das ist ein Irrtum, ist fast eine Beleidigung für das Mittelalter. Derartige Völkerverwundungen erzwingen zu haben, ist der neuesten Zeit vorbehalten geblieben, und gerade die Engländer haben am allerwenigsten Veranlassung, den Polen einen Vorwurf zu machen. Denn weit mehr Deutsche, als die Polen jetzt hinausjagen, haben allüberall in der Welt, aus den ehemaligen deutschen Kolonien wie aus allen englischen Überseegebieten, gerade die Engländer gewaltsam deportiert. Nach Deutschland in den Käfige gelagt, dessen Gitter der Vertrag von Versailles darstellt. Angeblich sollen der englische Botschafter in Berlin und der in Warschau eine Vermittlungssaktion einleiten — wer aber hat die Gebiete, die durch deutsche Arbeit der Kultur überhaupt erst zugeführt wurden, vom Deutschen Reiche abgerissen? Das waren die „Großen Vier“ von Versailles. Sie säeten Wind, jetzt erntet man Sturm. Außerdem ist eine derartige englische Intervention ein keinerlei Kosten verursachendes, aber einen guten Eindruck machendes Vergnügen.

Klagen kommen, daß der überwältigend starke Strom der aus Polen verjagten deutschen Optanten — 20 000 müssen aus Polen weichen — zu unerträglichen Zuständen in den Übergangslagern geführt hat; so sind in Schneidemühl schon über 7000 Deutsche eingetroffen. Die preussische Regierung hat offenbar bis zum letzten Augenblick nicht geglaubt, daß die Polen Ernst machen würden, obwohl Deputationen der Optanten auf die Krise am 1. August hinwiesen. Vielleicht wäre es überhaupt besser gewesen — aus prinzipiellen Gründen —, man hätte die Aufnahme und Weiterleitung der Optanten, die Vertretung ihrer Rechte durch die Reichsverwaltung behandelt, sie also zu einer allgemein-deutschen Angelegenheit gemacht. Schon deswegen, um dadurch alle deutschen Länder an der Unterbringung der Optanten zu interessieren, denn hier liegt eine ganz selbstverständliche allgemein-deutsche Pflicht vor. Das ist ja auch die deutsche Gegenaktion.

Von dieser werden aber leider weit weniger Polen betroffen, die für ihre neue Heimat optierten und bisher in Deutschland wohnten, als Deutsche unter diesem „Austausch“ zu leiden haben. Trotz der um Zweidrittel geringeren Zahl scheinen die Vorbereitungen in Polen lediglich in — Zeitungsbegrüßungen, Reden und Bewillkommungsversammlungen zu bestehen, während die praktische Hilfe fast völlig versagt. Die aus Deutschland Vertriebenen — bis auf einen geringen Teil sind es Arbeiter, kleine Gewerbetreibende usw. — werden wohl entsetzte Augen machen, daß sie nach Galizien abtransportiert und dort zu Kultivierungszwecken, also Rodungen und Oblandbearbeitungen, verwendet werden sollen. Aus den rheinisch-westfälischen Städten hinüber in die nicht gerade angenehmen Gegenden Ostgaliziens! Sie werden wohl nicht gerade sehr regierungsfreundlich werden. Daß sie von der deutschen Vergeltungsmaßregel getroffen wurden und getroffen werden mußten, dafür können sie sich bei den Deutschen hassen in Warschau, vor allem beim polnischen Westmarkenverein, bedanken. Sie haben das auch schon getan, aber in einer Weise, die den Hekern und Schürern im Verein und in der Regierung sehr unangenehm in die Ohren klang. Die deutsche Regierung hatte vorgeschlagen, soviel Optanten polnischer Nationalität in Deutschland zu belassen, als deutsche Optanten in Polen bleiben wollten. Aber nein, das hat man in Warschau höhnisch abgelehnt. Weil unter diesen deutschen Optanten sich viele Mitglieder der Intelligenz befinden, und gerade diese wollte man aus Polen unbedingt verjagen.

Gewiß hat das Wiener Abkommen den beiderseitigen Regierungen das Recht gegeben, ihre Optanten zum Verlassen des Landes, gegen das sie optiert hatten, zu zwingen. Aber die polnische Regierung war diejenige, die zuerst dieses Recht in die Wirklichkeit umsetzte. Jetzt mußten wir auf diesem Wege folgen, sollten wir nicht den letzten Rest deutschen Ansehens in Polen — das ja überhaupt deutschem Blut seine Befreiung von Rußland, seine Existenz verdankt — einbüßen, sollten wir nicht uns und unsere Volksgenossen jenseits der Grenzen dem Spott und der Verachtung der anderen aussetzen. Da hat jede Sentimentalität zu schweigen.

Gewiß wird es für uns schwierig sein, die aus Polen Ausgewiesenen bei uns unterzubringen, ihnen zur Neugründung einer Existenz zu verhelfen. Glücklicherweise können wenigstens die landwirtschaftlich Tätigen gerade jetzt bei uns eine Beschäftigung erhalten, geschwehe es auch auf Kosten der polnischen Wanderarbeiter, deren es ja noch viele Tausende in Deutschland gibt. Schwerer wird das aber für industrielle Arbeiter, noch schwerer für Gewerbetreibende und die Männer der freien Berufe sein. Aber wir müssen es leisten können, wir müssen unsern Volksgenossen zu einer neuen Existenz verhelfen, sie, die so lange die Wacht im Osten hielten und jetzt brutaler Gewalt oder — Entscheidungen des Völkerbundes unterliegen mußten.

Kommunistenrevolte im Reichstag

Lärmereien um die Redezeit.

(109. Sitzung.)

OB. Berlin, 1. August.

Bei der Beratung des Reichsbewertungsgesetzes werden die Kompromißbeschlüsse durchweg bekräftigt. Lebhaft besprochen wird im Reichstag, daß die Deutschnationalen eine offizielle Mitteilung herausgeben ließen, wonach der deutsch-nationale Fraktionsvorsitzende einstimmig beschlossen habe, die Fraktionsmitglieder zu erziehen, sich auch über den 8. August hinaus für Reichstagsverhandlungen in Bereitschaft zu halten. Die Deutschnationalen gaben bekannt, daß an Ferien gar nicht gedacht werden könne, bevor nicht die Steuer- und Zollgesetze vollständig verabschiedet sind.

Präsident Löss gab dann eine Erklärung ab: Es seien in einem Teil der Presse Mitteilungen erschienen, wonach verschiedene Abgeordnete beschuldigt würden, daß sie sich dem übertriebenen Alkoholenuß hingeeben hätten. Er teilt mit, daß die namhaft gemachten Abgeordneten gegen die betreffenden Zeitungen — gemeint ist wohl in erster Linie die Rote Fahne — Strafantrag stellen würden. Er habe als Präsident die Pflicht, im Interesse des Hauses gegen solche ungläublichen Ausstreunungen Protest einzulegen.

In namentlicher Abstimmung wurde der zum Erbschaftssteuergesetz von den Sozialdemokraten gestellte Antrag, der gewisse Erleichterungen für Hinterbliebene von Kriegssopfern vorsieht, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Abg. Graf Westarp (Dtn.) wies die von den Kommunisten wiederholt erhobene Beschuldigung zurück, daß Mitglieder der Reichsparteien sich im Reichstage dem übertriebenen Alkoholenuß hingeeben hätten.

Die zweite Beratung des Reichsbewertungsgesetzes wurde dann fortgesetzt.

Abg. Schulz-Bremen (Soz.) verlangte größere steuerliche Schonung der freien Berufe. Ein Regierungsvertreter erklärte, der Reichsfinanzminister werde selbstverständlich Sachverständige aus Wissenschaft und Kunst zu Rate ziehen.

Abg. Dr. Korsch (Komm.) bezeichnete die Verfassungsmäßigkeit des vorliegenden Gesetzesentwurfs als höchst zweifelhaft. Dem Reiche würden hier in vielen Punkten Rechte eingeräumt, die über das hinausgingen, was dem Reiche nach der Weimarer Verfassung zustünde.

Abg. Gerete (Dtn.) stimmte dem Grundgedanken des Antrags Schulz zu, wünschte aber eine andere Fassung.

Bei den Bewertungsvorschriften für das Gesamtvermögen führte Abg. Dr. Bahlow (Soz.) aus, den großen Landwirten sei auch hier wieder die Möglichkeit zu Steuerermäßigungen in großem Umfange gegeben. Abg. Dr. Korsch (Komm.) wandte sich mit ähnlichen Gründen gegen die Vorlage.

Im Abschnitte, der das Verfahren regelt, wurde die Einsetzung von Grundvertrauensgremien bei den Finanzämtern vorgeschrieben, die den Einheitswert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe bestimmen sollen.

Abg. Pütz (Komm.) beantragte, in diese Ausschüsse auch Vertreter der Arbeiterbewegung und kleinere, nicht buchführende Landwirte zu setzen.

Abg. Dr. Herx (Soz.) beantragte, daß der Reichsfinanzminister nur mit Zustimmung des Reichsrats die Bestimmungen treffen dürfe, zu denen er durch das Gesetz ermächtigt werde.

Abg. Seiffert (Völk.) schloß sich dem Antrag der Sozialdemokratie an. Damit schloß die Aussprache.

Angenommen wurde der Antrag Dr. Gerete (Dtn.), wonach der Reichsfinanzminister bei der Entscheidung darüber, ob der Betrieb eines Künstlers als Gewerbebetrieb im steuerlichen Sinne zu betrachten sei, einen vom Reichswirtschaftsrat zu wählenden Sachverständigenausschuß anhören soll.

Im übrigen wurde die Ausschussfassung der Vorlage nach Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Darauf folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur

Änderung der Verkehrssteuern.

Vizepräsident Graef teilte die neuen Beschlüsse des Ältestenrats mit, die auf eine weitere Beschränkung der Redezeit hinauslaufen. Von den Kommunisten wurde diese Mitteilung mit lärmenden Protestrufen aufgenommen.

Abg. Höllein (Komm.) erklärte, an der Beratung über diese Änderung der Redezeit hätten die Kommunisten nicht teilgenommen. Staatssekretär Dr. Popitz habe den Regierungspartei diese Vorschläge schriftlich gemacht, aber die Kommunisten nicht informiert. Lärm und Rufe bei den Kommunisten: „Die Regierung schreibt die Redezeit vor.“ „Schöne Genußgesellschaft!“

Vizepräsident Graef erteilte Ordnungsrufe. Der Redner verlangte, daß über die Redezeit bei den weiteren Gesetzen noch einmal in Gegenwart der Kommunisten verhandelt werde, sonst würden die kommunistischen Konsequenzen ziehen, die den Fortgang der Arbeit nicht fördern würden.

Bei der Abstimmung über den Vorschlag der Kommunisten, über die Redezeit noch einmal zu verhandeln, stimmten außer den bürgerlichen Parteien auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Branden, Hilferding und Adolf Braun dagegen.

Die Ablehnung ihres Vorschlags wurde von den Kommunisten mit

lärmenden Beschimpfungen der Mehrheit.

besonders der drei Sozialdemokraten, beantwortet. Wegen des Ausdrucks „Genußgesellschaft“ erteilte Vizepräsident Graef mehrere Ordnungsrufe.

Als dann Abg. Dr. Herx (Soz.) zur Verkehrssteuer reden wollte, übertrug ihn der Lärm der Kommunisten. Vizepräsident Graef droht wiederholt für den Fall der Fortsetzung des Lärms die Anordnung der schärfsten Geschäftsordnungsmaßnahmen an. Der Lärm steigerte sich noch. Darauf wies Vizepräsident Graef den Abg. Jadaßch (Komm.) aus dem Saal und unterbrach die Sitzung auf 10 Minuten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung hielt Vizepräsident Graef fest, daß der Abg. Jadaßch (Komm.) vorher durch die Weigerung, den Saal zu verlassen, seinen Ausschuß auf acht Sitzungstage herbeigeführt habe. Von den Kommunisten wurde diese Mitteilung mit lärmenden Kundgebungen beantwortet. Der Vizepräsident stellte dann fest, daß der Abg. Jadaßch sich noch

im Saale befinde und infolgedessen auf zwanzig Sitzungstage ausgeschlossen sei. Wenn er jetzt nicht den Saal verlasse, werde er mit Gewalt aus dem Saale entfernt. Abg. Höllein (Komm.) und andere Kommunisten riefen: „Holt doch die Schupo! Saubandel!“ Vizepräsident Graef wies darauf auch den Abg. Höllein aus dem Saal. Da dieser der Aufforderung nicht folgte, wurde die Sitzung wiederum unterbrochen. In der Pause wurde

die Publikumstribüne geräumt.

Die Kommunisten riefen nach oben: „Ihr sollt die Schande dieses Reichstages nicht mit ansehen!“ Dann umringten die Kommunisten in dichtem Kreise den Abg. Jadaßch. Als während der Pause Präsident Löss sich an den Abg. Höllein wandte, rief dieser laut: „Wir wollten ja eine Ältestenrats-sitzung, Graef hat sie abgelehnt! Wenn die keine Verständigung wollen, dann müssen sie die Konsequenzen tragen. Ihr wollt ja die Opposition totmachen!“

Die Vollziehung der gewaltsamen Ausschließung verzögerte sich dadurch, daß erst Kriminalpolizisten herangeholt werden mußten, da im Reichstagsgebäude nur einige Schutzpolizisten sind. Nach einer Pause von etwa 20 Minuten

betrat Vizepräsident Graef wieder seinen Platz. Er wurde von den Kommunisten empfangen mit lauten Rufen: „Psst, Henter!“ Vizepräsident Graef stellt zunächst fest, daß Abg. Höllein noch im Saale ist. Er habe sich dadurch automatisch auf acht Tage ausgeschlossen. Auf die nochmalige Weigerung des Abg. Höllein, nunmehr den Saal zu verlassen, erklärte Vizepräsident Graef, daß er nun für zwanzig Sitzungstage ausgeschlossen sei. Auf die Aufforderung an die Abg. Jadaßch und Höllein zum Verlassen des Saales rief Höllein: „Nein, wir wollen, daß Sie Henter Ihre Henterarbeit vollziehen bis zu Ende!“ Vizepräsident Graef erklärte, er habe die Publikumstribüne schon räumen lassen und bitte auch die Abgeordneten und die Besucher der übrigen Tribünen, den Saal zu verlassen. Auf Aufforderung des Präsidenten erschienen dann fünf

Polizisten in Zivil.

denen der Auftrag erteilt wurde, die beiden Abgeordneten aus dem Saal zu führen. Verschiedene Kommunisten gerieten in Auseinandersetzung mit den Beamten. Es erschienen dann fünf weitere Zivilbeamte und vier Schupoleute in Uniform. Von mehreren Sozialdemokraten wurde unter Hinweis auf die Beamten gerufen: „Diese Kinder sind doch keine Kriminalbeamten, das sind vielleicht Spitzel, aber keine Polizisten!“ Auf Ersuchen des Abg. Höllein zeigten die Beamten grüne Legitimationskarten vor. Sie erklärten auf seine Frage, daß sie den Auftrag hätten, nötigenfalls Gewalt anzuwenden. Darauf rief Abg. Höllein laut, indem er den Beamten folgte: „Ich weiche der Gewalt, aber nicht Ihnen (zu den Abg. der Rechten) da drüben!“ Abg. Jadaßch folgte mit der gleichen Erklärung den Beamten. Die übrigen Kommunisten brachten

Hochrufe auf die Ausgeschlossenen

aus und sangen gemeinschaftlich die Internationale. Der Ältestenrat war inzwischen zusammengetreten.

(110. Sitzung.)

OB. Berlin, 1. August.

Der Ältestenrat stellte in seiner Sitzung fest, daß die Einladung zu seiner letzten Sitzung auch an die Kommunisten in der üblichen Form erfolgt sei. Im übrigen müsse abgewartet werden, bis die formelle Beschwerde der kommunistischen Fraktion vorlege; diese werde dann an das Plenum weitergegeben werden.

Die Plenarsitzung wurde dann fortgesetzt. Abg. Stöcker (Komm.) machte scharfe Vorwürfe gegen das Verhalten des Vizepräsidenten Graef geltend. Jadaßch habe sich nur in Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten befunden, und weshalb Höllein ausgeschlossen worden sei, wisse bis zur Stunde kein Mensch. Der Ausschuß Hölleins, dieses ersten Spezialisten auf dem Steuergebiete, sei eine neue Provokation. Bei der

Fortsetzung der Steuerberatung

begründete Abg. Dr. Herx (Soz.) in längeren Ausführungen seine ablehnende Haltung gegenüber der Vorlage, auf die

Staatssekretär Popitz erwidert, gerade die Liste der abgeurteilten Straffälle beweise, daß bei Steuerhinterziehungen rücksichtslos durchgegriffen werde. Warum soll man die Namen nennen? Das würde eine weitere wirtschaftliche Schädigung für die Betroffenen bedeuten. (Lebhafter Protest bei den Soz.) Es wird genügen, daß durch die Verurteilung die Straftat geführt ist. Es ist doch gleichgültig, ob die Verurteilten Lehmann oder Schulze heißen. (Zuruf bei den Soz.: Sehr sachlich!) Daß durch die Offenlegung der Steuerlisten etwas erreicht wird, was für die Allgemeinheit günstig wäre, glaube ich nicht. Es würde höchstens eine politische Verbeugung die Folge sein. Abg. Koenen warf dem Finanzminister Steuerräuberei vor und wurde vom Präsidenten gerügt. Der Redner lehnte die Umsatzsteuer grundsätzlich ab und hielt den Sozialdemokraten vor, sie würden mit ihrer Steuerpolitik vor die Hunde gehen und die Kommunisten würden die lachenden Erben sein.

Abg. Dr. Herx (Dem.) beantragte, die Umsatzsteuer, die der Ausschuß auf 1,25 % festgesetzt hat, auf 1 % zu ermäßigen. Bei

Behandlung der Frage der Zugusssteuer

wurde der Wunsch auf Befreiung gewisser Gärten bei dieser Steuerreform geäußert.

Staatssekretär Popitz gab zu, daß wertvolle Qualitätsarbeit schonend behandelt werden müsse. Reichsfinanzminister v. Schlieben wies Angriffe des Abg. Koenen (Komm.) gegen den Staatssekretär Popitz mit aller Entschiedenheit zurück. Es sei unerhört, dem Staatssekretär vorzuwerfen, er vertrete gewisse Interessentengruppen. Es handle sich hier um ein gewaltiges Gesetzgebungswerk, über das schließlich die Geschichte später ein gutes Urteil fällen werde.

Abg. Feder (Völk.) protestierte gegen die Steuererleichterungen für ausländisches Kapital. Darauf werden die Beratungen abgebrochen und das Haus vertagte sich.

dem Deutschen Reich wurde von beiden Seiten unterzeichnet. Der Bezug ausfuhrverbotener deutscher Waren für den Eigenbedarf der Freien Stadt Danzig ist im Rahmen von Kontingenten auf Grund der Einfuhrbewilligungen der Danziger Außenhandelsstelle über alle Grenzen des Zollgebiets nunmehr sichergestellt. Über die Anwendung der Ausfuhrzölle wurde gleichfalls eine Einigung in allen Punkten erzielt. Es wurde zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten ein Abkommen festgelegt, das in Kürze von beiden Seiten unterzeichnet werden soll. Nach diesem Abkommen genießen Danziger Erzeugnisse, deren Danziger Herkunft durch Danziger Ursprungszeugnisse ausgewiesen ist, im Rahmen von vereinbarten Kontingenten wesentliche Vergünstigungen hinsichtlich der Ausfuhrzölle.

Geldner für Marokko.

Neue Erfolge Abd-el-Krim's.

Ministerpräsident Painlevé hat in seiner Eigenschaft als Kriegsminister eine Verfügung unterzeichnet, nach der Reserveoffiziere, Landwehroffiziere und sonstige Militärpersonen, die zur Disposition stehen oder einer Reserveformation angehören, während der Dauer des Marokkofeldzuges dienen können. Sie treten mit dem Grade ein, den sie beim Verlassen der Armee besaßen. Die Werbung gilt höchstens für die Dauer von zehn Jahren. Unteroffizieren wird ein Gehalt von 500 Frank und Soldaten ein solches von 150 Frank am Tage ihrer Unterzeichnung des Kontrakts gewährt.

Spanische Meldungen aus Marokko besagen, daß sich die Lage weiter zuungunsten der Franzosen verschlechtert habe. In den letzten Tagen sei die französische Front an verschiedenen Stellen durchbrochen worden. Bei den Militärenten zeige sich eine erhöhte Kampftätigkeit, besonders in der Gegend von Sou-el-Kraba. Militärtruppen haben verschiedene erfolgreiche Vorstöße gegen französische Verschanzungen unternommen. Die französischen Truppen befinden sich augenblicklich in einer Umgruppierung. Den Kabylen sei es jetzt gelungen, die Eisenbahnlinie nach Taza an verschiedenen Stellen unbrauchbar zu machen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 4. August 1925

□ Wann ist ein Eisenbahnplatz belegt? Noch immer sind, zumal während der Hauptreisezeit, unliebsame Auseinandersetzungen zwischen den Reisenden wegen Belegung von Plätzen in den Eisenbahnabteilen zu beobachten. Es sei daher darauf hingewiesen, daß durch Hinlegen einer Zeitung oder eines Buches auf die Sitzbank sowie durch Niederlegen des Handgepäcks im Gepäcknetz ein Anspruch auf den darunter befindlichen Sitzplatz nicht erworben wird. Als befehlig gilt der Platz nur, wenn Handgepäck, Kleidungsstücke, zumindest ein Hut, und dergl. darauf niedergelegt sind. Bei Zügen, in denen der Anspruch auf einen Sitzplatz durch die Lösung einer Platzkarte erworben ist, bedarf es dieser Maßnahme natürlich nicht.

—F Keine Verlängerung der Jahrtausendausstellung in Köln. Der über alles erwartend starke Besuch der Jahrtausendausstellung der Rheinlande in den Kölner Ausstellungshallen hält an und will nicht nachlassen. In diesen Tagen konnte der millionste Besucher gemeldet werden. Nach Mitteilungen, die der Ausstellungsleitung zugegangen sind, scheint die Annahme weit verbreitet zu sein, die Ausstellung werde verlängert. Das große Interesse, das ganz Deutschland dieser außerordentlich schönen und reichen Ausstellung entgegenbringt, und vaterländische Gründe rechtfertigen gewiß eine Verlängerung, und der Besuch aus Köln und seiner näheren und weiteren Umgebung wie auch die Pilgerfahrten aus entfernten deutschen Gauen würden sicher noch lange anhalten. Aber die Ausstellungsleitung die über die Möglichkeit der Verlängerung eingehend beraten hat, sieht sich außerstande, den Schlusstermin zu verschieben. Der Abbau der Ausstellung und der sich an ihn anschließende Aufbau der Kölner Herbstmesse, die vom 23. September bis 2. Oktober stattfindet, brauchen ihre Zeit. Die Ausstellung muß also leider am 16. August, abends ihre Pforten schließen. Bis dahin darf sie noch zahlreichen Besuch erwarten, denn noch mancher wird die sich sobald nicht wieder bietende Gelegenheit, das Wertvollste einer tausendjährigen rheinisch-deutschen Kultur, das Kirchen, Klöster, Museen, Bibliotheken, Archive, Schlösser, Privatsammlungen und große industrielle Werke in bewundernswertem Gegenkommen zur Verfügung gestellt haben, in den letzten 14 Tagen ausnützen. Der Besucher der Jahrtausendausstellung möge sich in Köln daran erinnern, das gleich am Hauptbahnhof und Dom das Städtische Verkehrsamt liegt, das ihm über alle Unterfunktions-, Aufenthalts- und Reiseangelegenheiten gern Auskunft gibt.

—F Köln als Kongreßstadt im August. In Köln werden aus Anlaß der rheinischen Jahrtausendfeier und der Jahrtausendausstellung der Rheinlande im Monat August folgende Verbände Tagungen veranstalten:

1. August Bund der Reichsteuerbeamten, Bezirksverband Rheinland;
2. „ Rheinisch-kristlicher Gewerkschaftstag;
- 4.—7. „ Bund der Inspektoren und Amtmänner der Reichspost- und Telegraphenbeamten (19. Bundesstag);
- 4.—9. „ Geodätische Woche (verbunden mit Ausstellung) gleichzeitig Tagung der deutschen Gartenstadtgesellschaft;
- 7.—9. „ Verband deutscher Gewerbevereine und Handwerksvereinigungen;
- 10.—15. „ Verband der Litographen, Steindrucker und verwandten Berufe (Deutscher Senefelderbund);
- 15.—17. „ Verband der Kreisbeamten der Rheinprovinz, Kreisbeamtentag;
- 16.—19. „ Christlicher Holzarbeiterverband (11. Verbandstag, verbunden mit Jubelfeier aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens).

—* hk. Aufhebung des deutsch-österreichischen Visums. Als erster Erfolg, der lange angestrebt und allgemein erwünscht wurde, ist die jetzt erfolgte Aufhebung des Visumzwanges im Verkehr mit Oesterreich anzupreisen. Im auswärtigen Amt zu Berlin ist das zwischen der deutschen Reichsregierung und der österreichischen Bundesregierung vereinbarte Abkommen über die

Beseitigung des Sichtvermerkszwanges von dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und dem österreichischen Gefandten Frank unterzeichnet worden. Nach Inhalt des Abkommens können die Angehörigen des einen Staates das Gebiet des anderen Staates über jede amtlich zugelassene Grenzübergangsstelle jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimatpases, aus dem sich die Staatsangehörigkeit des Passinhabers einwandfrei ergibt, ohne Sichtvermerk betreten und verlassen. Für Kinder unter 15 Jahren genügt an Stelle des Pases ein amtlicher Ausweis über Namen, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt des Kindes. Der Kinderausweis muß bei Kindern über 10 Jahren mit einem von der ausstellenden Behörde abgestempelten Lichtbild versehen sein. Für den gemeinschaftlichen Grenzübergang von Personengruppen, die aus deutschen Reichsangehörigen oder österreichischen Bundesangehörigen oder aus Angehörigen beider Staaten bestehen, gilt eine von der zuständigen Behörde ausgestellte Sammelkarte als Paßersatz. Das Abkommen wird am 12. August d. J. in Kraft treten.

—* hk. Verzeichnis der deutschen Handelskammern im Ausland. 1. Deutsche Handelskammer in der Schweiz, Zürich, Löwenstraße 25, mit Nebenstellen in Basel, St. Alban-Vorstand 12, und Gené, Tour Maitresse 10. — 2. Deutsche Handelskammer für Spanien, Barcelona, Ronda Universitad 10. — 3. Deutsch-Ungarische Handelskammer, Budapest VI, Andrássy ut 10. — 4. Deutsch-italienische Handelskammer, Mailand, Via Goito 7. — 5. Deutsche Wirtschaftskammer, Wien I, Elisabethstraße 9. — 6. Deutsch-finnischer Handelskammerverein, Helsingfors. — 7. Board of Trade for German-American Commerce, New York, Liberty Street 114, Suite 701. — 8. Deutsche Handelskammer, Buenos Aires, Casilla Correo 516. — 9. Deutsche Handelskammer, Valparaiso, Casilla 1411. — 10. Deutsche Handelskammer in Uruguay, Montevideo, Casilla 132. — 11. Verband Deutsch-brasilianischer Firmen, Rio de Janeiro, Caixa Postal 111. — 12. Verband der Deutschen Firmen in Peru, Lima, Casilla 388. — 13. Handelsausschuß des Verbandes Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko, Mexiko D. F. Apartada Nr. 2594. — 14. Deutsche Handelskammer für Cuba, Havanna, Apartada Nr. 1921. — 15. Deutsche Handelskammer für Haiti, Port au Prince. Vertretung der Körperschaften unter Ziffer 8—15 in Deutschland: Geschäftsstelle der deutschen Handelskammern in latein-amerikanischen Ländern, Hamburg 11, Börse, (Handelskammer, 3. Stock, Zimmer 221). — 16. Deutsche Handelskammer in Tientsin (Anschrift: A. Münster-Schulz, i. Fa. Carlowitz & Co.). — 17. Deutsche Handelskammer für Schanghai, 18 Kiangse Road. — 18. Deutsche Handelskammer in Kanton. — 19. Deutsche Handelskammer in Hankau. — 20. Deutsche Handelskammer in Tsinanfu. — 21. Deutsche Vereinigung in Tientsin. — 22. Deutsche Vereinigung in Tsinanfu. — 23. Deutsche Vereinigung in Harbin. — 24. Deutsche Vereinigung Tokio-Yokohama. Tokio. — 25. Deutsche Vereinigung in Kobe. — 26. Deutsche Handelskammer Kobe-Osaka, Kobe. — 27. Deutscher Bund, Batavia. Vertretung der Körperschaften unter Ziffer 16—15 in Deutschland: Ostasiatischer Verein, Hamburg, Ferdinandstraße 56.

& Halver, 3. Aug. In verfloßener Nacht hat sich wieder anscheinend überflüssige Kraft an unnützen Dingen betätigt. In der Kölner Straße wurde eine ganze Reihe Gartentore, die alle verschlossen waren, mit Gewalt aus den Angeln gehoben, bzw. erbrochen, teilweise beschädigt und auf die Straße geworfen. Man glaubt den Tätern auf der Spur zu sein.

+ Halver, 3. August. Am gestrigen Sonntag fand nach einer gut verlaufenen und reichlich geschmückten Kutschfahrt, wobei der jugendliche Kunstfahrer Eisenberger auf dem Einrade fuhr, das Stiftungsfest des Radfahrervereins Halver auf der Carlshöhe statt. Außer dem hiesigen Verein wirkten noch der Radfahrerverein „Süderland“ Lüdenscheid und „Bismarck“ Radevormwald mit. Es wurden von Damen und Herren kunstvolle Reigen vorgeführt, die volle Anerkennung fanden. Ein Vorpruch, vorgetragen von Frä. Herta Löwen, erntete reichen Beifall. Als Kunstfahrer waren die Gebr. Eisenberger gewonnen worden. Der jüngste der beiden, 10 Jahre alt, machte die schwierigsten Kunststücke auf dem Ein- und Zweirad, sodaß das Publikum in Staunen versetzt wurde. Sie wurden durch Blumensträuße reichlich belohnt. Nach den Reigen folgten zwei Radballspiele. Das erste zwischen Lüdenscheid und Radevormwald, das Radevormwald mit 7:4 für sich entscheiden konnte. Das zweite Ballspiel, Gebr. Eisenberger — Radevormwald gewann letzterer mit 6:2. Die Musik wurde von der Lückmannschen Kapelle gestellt. Ein gutbesuchter Ball beschloß die in allen Teilen gut verlaufene Feier.

Königsfeld, 1. Aug. Die vor dem Hagener Schöffengericht mehrfach vertagte Verhandlung gegen den Maler Wilhelm Schneider wurde jetzt nach Uebelführung des Angeklagten zu Ende geführt. Er hat im Mai 1922 mehrere Einbrüche bei Halver ausgeführt und wurde dafür mit Rücksicht auf seine vielen Vorstrafen zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Es bedurfte mühevoller Nachforschungen des Landjägers, um dem Angeklagten seine Tat einwandfrei beweisen zu können.

Meinerzhagen, 1. Aug. Ueber die Personalien der vor einigen Tagen in Kierspe Verhafteten ist nunmehr Klarheit geschaffen worden. Es handelt sich um die beiden lang gesuchten Verbrecher Paul Schulz aus Miala (Polen) 28 Jahre alt und Hugo Mahner aus Barmen 22 Jahre alt, die von der Staatsanwaltschaft Hagen und Ainsberg stedbriefflich verfolgt werden. Im April d. J. wurden sie in Fimmentrop wegen Einbruchsdiebstahl in Untersuchungshaft genommen, brachen jedoch in der folgenden Nacht gleich aus und begingen in der Nähe von Fimmentrop erneut einen Einbruch, wobei sie sich neu einkleideten. Mahner trug jetzt noch einen der damals gestohlenen Anzüge. Den beiden fallen alle bisher gemeldeten Einbrüche in hiesiger Gegend, insbesondere diejenigen bei Mehger Mannesmann hier, in der Gemeindeflehe Walbert, bei Gastwirt Lück in Walbert, in Breddershaus, Listerfeld, Schalksmühle und Desterau zur Last. Oberlandjäger Köster aus Fimmentrop erkannte

die Einbrecher wieder. Sie wurden gestern durch Oberlandjäger Raßbach und Pol.-Betr.-Assistent Borlinghaus gefesselt der Strafanstalt Hagen zugeführt.

Walbert, 1. Aug. Vergangene Nacht brannte das Wohnhaus des Fabrikanten Plate in Breddershaus nieder. Das Feuer ist anscheinend gegen 1 Uhr im Unterhaus entstanden und dehnte sich in Augenblick so aus, daß man Frau Plate, die allein zu Hause war — ihr Mann war verreist — und im 1. Stock schlief, mittels Leiter heraus holen mußte. Die Feuerwehren von Walbert und Willezhagen waren schnell zur Stelle, konnten jedoch dem rasenden Element keinen Einhalt mehr tun. Das Gebäude wurde vollständig eingeäschert und an Mobiliar fast nichts gerettet.

Halpe, 31. Juli. Die Wahl zum Bürgermeister angenommen. Die Stadtverordneten von Halpe hatten in ihrer geheimen Sitzung mit 13 von 32 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen den Sozialdemokraten, Beigeordneten von Konsdorf, Smolinski, zum Bürgermeister von Halpe gewählt. Herr Smolinski hat sich nunmehr bereit erklärt, die Wahl anzunehmen. In der Bürgermeisterei von Halpe ist das Ergebnis der Stadtverordneten-Wahl mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen worden.

Dortmund, 1. August. Drei Mädel auf einmal. Dieser Tage wurde der Stadtobersekretär Wilh. L. plötzlich aus dem Dienst nach Hause gerufen. Als er in seiner Wohnung anlangte, war seine Frau gerade von kräftigen Zwillingen weiblichen Geschlechts entbunden worden. Noch war er dabei, seiner Freude über dieses freudige Ereignis Ausdruck zu geben, da erblickte noch ein drittes Mädel das Licht der Welt. Der reiche Kindersegen trübte die Freude des Vaters nicht. Mutter und Drillinge erfreuen sich des besten Befindens.

Elberfeld, 1. Aug. Eine gefährliche Zigarre. Hier explodierte bei einem Herrn plötzlich die brennende Zigarre. Die Untersuchung ergab, daß sich in der Zigarre eine Sechsmillimeterpatrone befand, die sich während des Rauchens entzündet hatte. Der Betreffende trug eine Gesichtsverletzung davon.

Essen, 1. Aug. Bedrohliche Wirtschaftslage im Hagener Bezirk. Die Lage der marktischen Industrie, insbesondere des Hagener Bezirks wird immer schlechter. Vorsichtige Werke haben den Entschluß gefaßt, in den nächsten Wochen ungefähr die Hälfte ihrer Arbeiter zu entlassen. Von einer ganzen Anzahl anderer Werke ist Antrag auf Stilllegung oder Arbeitsverkürzung gestellt, teilweise auch schon durchgeführt worden.

Nah und Fern.

○ Eine gute Weinernie in Aussicht. Von der Mosel kommen günstige Nachrichten. Die feuchtwarme Witterung der letzten Zeit ist auf den Stand der Weinberge von sehr günstiger Wirkung gewesen, so daß man mit einer frühen Lese und einem guten Weinjahr rechnen darf.

○ Friedrich-Ebert- und Walter-Rathenau-Straßen in Leipzig. Der Rat der Stadt Leipzig hat beschlossen, die bisherige Hauptstraße im Vorort Leutzsch in Erinnerung an den ersten Reichspräsidenten in Friedrich-Ebert-Straße und die bisherige Bahnhofstraße im gleichen Vorort in Erinnerung an den Reichsminister des Äußern Walter Rathenau in Rathenaustraße umzubenennen. Die Umbenennung soll vom 1. Januar 1926 ab in Kraft treten.

○ Ein unglücklicher Hinauswurf. In der Wohnung der von ihrem Mann getrennt lebenden Frau Loevisch in Wiesbaden hatte der 57-jährige Schuhmachermeister Ott einen Wortwechsel mit deren Tochter. Der anwesende Verlobte der letzteren, der Arbeiter Hahn, nahm für seine Braut Partei und warf Ott zur Tür hinaus. Dabei stürzte dieser so unglücklich, daß er infolge Schädelbruchs tot liegen blieb. Hahn wurde verhaftet.

○ Durch eine Granate getötet. In Gr. Koschen bei Böhen (Ostpreußen) fand ein 15-jähriger Junge in einem Tümpel eine Granate. Als er versuchte, sie vom Schlamm zu reinigen, explodierte sie und zersplitterte den Jungen vollständig.

○ Verheerendes Unwetter in Schlesien. Die heftigen Gewitter, die über Schlesien niedergingen, wirkten sich zwischen Rybau und Breitenhain zu einem verheerenden Unwetter aus. Es fielen Hagelkörner von beträchtlicher Größe und in solchen Mengen, daß noch lange nach dem Unwetter der Erdboden mit einer mehrere Zentimeter hohen Eisschicht bedeckt war. Besonders gelitten haben außer den Obstbäumen die Getreidefelder, deren Ähren teilweise losgeschlagen oder ausgedroschen wurden.

○ 45 Häuser niedergebrannt. In dem Orte Daugat wurden durch umherfliegende Funken von einem in Brand geratenen Heuschäfer 45 Häuser angezündet und brannten vollständig nieder.

○ Bootsunglück auf dem Rhein. Bei einer Paddelbootfahrt von Konstantz den Rhein abwärts ist ein mit drei Personen besetztes Paddelboot bei Schwörstadt zum Sinken gekommen. Dabei sind zwei Personen ertrunken, und zwar der Justizrat Lüttgers aus Berlin-Lichterfelde und ein etwa 20-jähriger Studierender der Universität Freiburg.

○ Unwetter in Österreich. Auf dem Marchfeld bei Wien ist ein schweres Hagelwetter niedergegangen, dem im Bezirk Mittelsdorf drei Menschen zum Opfer gefallen sind. Sie suchten unter einer Eisenbahnunterführung Schutz, als plötzlich große Wassermassen mit solcher Heftigkeit in den Tunnel eindrangen, daß die drei Personen umgerissen wurden und ertranken. Der größte Teil der Ernte ist vernichtet, vom Hagel zerschlagen oder vom Wasser weggeschwemmt. Auch viele Tiere sind ertrunken.

○ 20 Personen bei einer Explosion getötet. Nach einer Meldung aus Bukarest hat sich im Hafen von Konstantza an Bord des Dampfers „Ingrid“ eine Explosion ereignet. Zwanzig Personen wurden getötet.

○ Die Ursachen des Eisenbahnunglücks bei Tours. Die amtliche Untersuchung über das Eisenbahnunglück bei Tours hat folgendes festgestellt: Der Zug sei statt mit 30 Kilometer Geschwindigkeit 93 Kilometer gefahren. Die Personenwagen waren falsch zusammengestellt, zwischen den letzten Wagen haben sich solche schwererer Bauart befunden. Der Zugführer habe in der Kurve plötzlich Gegendampf gegeben, wobei die Dampfmaschine nicht funktioniert habe.

○ Beschlagnahme eines französischen Schnapschmugglerschiffes. An der amerikanischen Küste wurde ein französischer Schoner beschlagnahmt, der 3000 Kisten Whisky nach Amerika schmuggeln wollte. Die Besatzung wurde der amerikanischen Gerichtsbehörde übergeben.

Kleine Nachrichten.

Gerabekung der Hauszinssteuer in Sonderfällen.

Berlin, 2. August. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst auf Grund eines Rundschreibens des Preussischen Finanzministers mitteilt, erklärt sich dieser damit einverstanden, daß die Gerabekung der Hauszinssteuer auch in solchen Fällen zugestanden wird, in denen ein Eigentümer einzelne Räume des von ihm allein bewohnten Hausgrundstückes gewerblich nutzt und die fraglichen Räume im Verhältnis zu den Gesamträumen von nur untergeordneter Bedeutung sind.

Beginn der Hermannsfeier in Detmold.

Detmold, 2. August. In Detmold nahm am Fuße der Grotenburg, wo in diesem Monat das fünfzigjährige Jubiläum der Errichtung des Hermannsdenkmals durch Ernst von Wandel in großem Ausmaße gefeiert wird, mit dem fünfzigjährigen Jubiläum des Lippeischen Sängerbundes die Hermannsfeier 1925 ihren Anfang. Viele tausend Sänger aus dem Reiche sind hier eingetroffen. Auf dem Festplatz zu Füßen des Hermannsdenkmals vereinigte ein Begrüßungskommers viele Tausende. Zum „Vaterländischen Tage“ am nächsten Sonntag sind bis jetzt etwa 10 000 Anmeldungen aus dem ganzen Reiche eingetroffen.

Amnestie in Italien.

Rom, 2. August. Soeben erscheint eine Straßamnestie zum Regierungsjubiläum des Königs. Die Amnestie umfaßt außer den gemeinen auch die politischen Verbrechen, soweit sie nicht den Tod herbeiführen. Die Ermordung Matteottis wird daher durch die Amnestie nicht berührt, während alle wegen sogenannter kleinerer Gewalttaten gegen Faschisten schwebenden Verfahren und Untersuchungen eingestellt werden.

Ein blutiger Zwischenfall in Nanjing.

Paris, 2. August. Wie aus Nanjing gemeldet wird, sind ein Engländer und sieben Chinesen von Studenten ermordet worden. Die gesamte englische Kolonie hat sich an Bord eines im Hafen liegenden Kreuzers geflüchtet. Ein englisches Marineinfanteriebataillon wurde gelandet. Die englischen Kriegsschiffe in den Gewässern von Schanghai haben Befehl erhalten, sich zur sofortigen Abfahrt nach Nanjing bereitzustellen.

Gerabekung der Arbeitszeit in Oberschlesien.

Warschau, 2. August. Ministerpräsident Grabski änderte plötzlich sein Programm und verlegte im letzten Augenblick eine Konferenz mit dem Handels- und Arbeitsminister von Krasa hierher, wo sie nunmehr stattfand. In einer amtlichen Erklärung heißt es, daß der Beschluß gefaßt wurde, die Arbeitszeit in Oberschlesien von zehn auf acht Stunden herabzusetzen, jedoch stufenweise. Die planmäßige Verkürzung der Arbeitszeit soll am 10. August beginnen.

Arbeiter und Angestellte.

Königsberg i. Pr. (Gesamtauswertung im Holzgewerbe.) Nachdem vor einigen Tagen in zwei ostpreussischen Städten die Holzarbeiter ausgesperrt worden sind, wird nunmehr die Aussperrung der gesamten im ostpreussischen Holzgewerbe tätigen Arbeiter vorgenommen. Die Aussperrung ist beschlossen, nachdem der Deutsche Holzarbeiterverband die Arbeiter einer Reihe von Betrieben des Holzgewerbes in Königsberg und in der Provinz

zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt und dem Arbeitgeberverband mitgeteilt hat, daß er die von Arbeitgeberseite gemachten Einigungsvorschläge ablehnt.

Essen. (Kündigung der Lohnordnung im Ruhrbergbau zum 31. August.) Wie dem Deutschen Handelsdienst gemeldet wird, haben die Bergarbeiterverbände die zurzeit gültige Lohnordnung zum 31. August d. J. gekündigt. Gleichzeitig wird eine Lohnerhöhung ab 1. September beantragt.

Pforzheim. (Der Streik in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie.) Die Arbeitnehmer in der Schmuckwarenindustrie haben bei ihrer Abstimmung den neuesten Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt. Zur weiteren Klärung der Sachlage wird jetzt das Reichsarbeitsministerium angerufen werden.

Paris. (Der Generalstreik der französischen Bankbeamten unvermeidlich.) Die Verhandlungen der Pariser Bankbeamten im Finanz- und Arbeitsministerium haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Lage hat sich so verschärft, daß mit einem allgemeinen Generalstreik der Bankbeamten in ganz Frankreich gerechnet wird.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Unschuldig zum Tode verurteilt, jetzt endlich freigesprochen. Der an der bayerisch-österreichischen Grenze stationierte Zollbeamte Plant war unter der Beschuldigung, auf einem nächtlichen Dienstauftrag einen Kollegen vorsätzlich erschossen zu haben, vom Schwurgericht Kempten zum Tode verurteilt worden. Auf bringen der Einsprache eines der Geschworenen wurde Plant, der fortgesetzt seine Unschuld beteuerte, in letzter Stunde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Kürzlich wurde nun als der wirkliche Mörder ein Schmuggler in Voralberg verhaftet. Plant wurde daraufhin zunächst aus dem Zuchthaus entlassen. Im Wiederaufnahmeverfahren ist er jetzt von der Ferienkammer des Landgerichts Kempten auch formell freigesprochen worden.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 1. August.

* Börsenruhetag. Infolge des Börsenruhetages wurden an der Devisen- und Effektenbörse keine amtlichen Kursfeststellungen vorgenommen.

* Schlachtviehmarkt. Der Auftrieb betrug: 1949 Rinder, darunter 358 Bullen, 540 Ochsen, 1051 Kühe und Färken, 1893 Kälber, 11 435 Schafe, 9129 Schweine, 20 Ziegen, 222 Auslandschweine. Der Verlauf des Marktes war für Rinder glatt, für Schafe und Schweine ruhig. Preise. Für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen a) vollfleischige ausgemästete 60-64, b) vollfleischige ausgemästete im Alter von 4-7 Jahren 54-58, c) junge, fleischige, nicht ausgemästete 48-52, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 38-45; Bullen a) 60-63, b) 55-58, c) 48-53; Kühe und Färken a) 58-64, b) 50-55, c) 40-43, d) 32-37, e) 25 bis 30; Fresser 45-50; Kälber a) —, b) 85-90, c) 72-80, d) 58 bis 63, e) 50-55; Schafe a) 52-58, b) 38-43, c) 25-35; Schweine a) — b) 87-88, c) 85-87, d) 83-85, e) 80-82; Ziegen 78-81; Ziegen 20-25.

* Butterpreise. 1. Qualität 192, 2. Qualität 175, abfallende Ware 155 Reichsmark je Zentner.

* Ungünstige Lage der Konfervenindustrie. Die diesjährige Kampagne in der Konfervenindustrie hat Mitte Mai eingestellt. Die Beschäftigten sind jedoch infolge der geringen

Spargel- und Erbsenernte ziemlich schwach geblieben, wenn auch im Mai die Betriebe ihre Belegschaften gegenüber den Wintermonaten auf das vier- und fünffache gesteigert haben. Die Absatzmöglichkeiten waren bei der geringen Ernte normal. Infolge der verminderten Kaufkraft der Konsumenten konnte der Vorkriegsabsatz nicht erreicht werden. Im Juni hat sich das Geschäft allmählich belebt, da die Preise durchweg stetig blieben und von der Kundschaft die Hoffnung, zu billigeren Preisen kaufen zu können, mit Rücksicht auf die schlechten Ernteergebnisse aufgegeben werden mußte. Dabei sind die Rohstoffe verhältnismäßig noch teuer. Spargel zum Beispiel liegt 125% über den Vorkriegspreisen.

* Zur Gummiteuerung teilt der Verein deutscher Gummireifenfabriken in Hannover mit: Durch die Tageszeitungen gehen Nachrichten, nach denen auf dem Rohgummimarkt die katastrophale Preishausse scheinbar zum Stillstand gekommen ist. Die in den letzten Wochen sprunghaft gestiegenen Rohgummipreise sind tatsächlich auf den Stand von Anfang Juli zurückgegangen. Es ist daher zu hoffen, daß wir wieder zu erträglichen Verhältnissen in der Gummindustrialie gelangen werden. Im übrigen verdient festgestellt zu werden, daß die deutschen Gummireifenpreise nur wenig den Rohgummipreiserhöhungen gefolgt sind, denn gegenüber dem Januar dieses Jahres sind z. B. die Preise für Reifen ungefähr um 20-30% gestiegen, während die Rohgummipreiserhöhungen gegenüber dem Januar dieses Jahres um das Mehrfache in die Höhe gegangen sind.

* Produktentörse. An der Produktentörse bewegte sich das Geschäft in sehr ruhigen Bahnen. Am Lokomarkt ist das Angebot in Weizen neuer Ernte noch nicht erheblich, andererseits aber auch die Nachfrage relativ gering, so daß sich die Preise etwa auf dem letzten Niveau hielten. Dagegen steht Roggen im Markte sehr reichlich zur Verfügung. Das Angebot geht nicht unerheblich über die vorhandenen Kaufaufträge hinaus, so daß die Preise hier abdrücken. Am Weizenmarkt ist das Geschäft in Weizenmehl schleppend. Roggenmehl ist stark angeboten, jedoch kamen angesichts der Zurückhaltung der Käufer Umsätze selbst bei weichen Preisen nur schwer zustande. Auch in Hafer war das Geschäft ruhig, da der Konsum nicht geneigt ist, die geforderten Preise zu zahlen. Einige Nachfrage zeigte sich in Gerste, die im allgemeinen in reichlichen Quantitäten am Markt ist, nur für feinste Ware.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr. in Reichsmark.

	1 8	31 7		1 8	31 7
Weiz. m. m. 245-248	245-248	245-248	Weiz. f. Br. 13,8-13,9	13,8	13,8
Dommericher 184-189	187-192	187-192	Raps 350-360	350-360	350-360
Dommericher westpreuß. 198-212	198-212	198-212	Leinsaat 27-34	27-34	27-34
Buttergerste 187-195	187-195	187-195	Wittor.-Erbs. 25-27	25-27	25-27
Hafer, m. m. 23-25	23-25	23-25	fl. Speiseerbs. 23-25	23-25	23-25
Dommericher westpreuß. 26-28	26-28	26-28	Buttererbsen 23-25	23-25	23-25
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. 11,7-13,2	11,7-13,2	11,7-13,2	Befuchsen 23-25	23-25	23-25
fl. m. m. 15,0-16,5	15,0-16,5	15,0-16,5	Ackerbohnen 26-28	26-28	26-28
fl. m. m. 16,8-17	16,8-17	16,8-17	Widen 26-28	26-28	26-28
fl. m. m. 23,6-24	23,6-24	23,6-24	Lupin, blaue 11,7-13,2	11,7-13,2	11,7-13,2
fl. m. m. 22,4-22,6	22,4-22,6	22,4-22,6	Lupin, gelbe 15,0-16,5	15,0-16,5	15,0-16,5
fl. m. m. 9,8-10	9,8-10	9,8-10	Sera'ella —	—	—
fl. m. m. 26,7-28,7	26,7-28,7	26,7-28,7	Wasserschoten 16,8-17	16,8-17	16,8-17
			Reintuchen 23,6-24	23,6-24	23,6-24
			Erbsenmehl 12,2-12,4	12,2-12,4	12,2-12,4
			Soya-Schrot 22,4-22,6	22,4-22,6	22,4-22,6
			Sojabohnen 9,8-10	9,8-10	9,8-10
			Kartoffeln 26-26,3	26-26,3	26-26,3

Schriftleitung Wth. Bell jr., Halber i. Westf.

Die Verlobung unserer einzigen Tochter Etta mit Herrn Diplomkaufmann Dr. rer. pol. Werner Beucker beehren wir uns anzuzeigen.

W. Bothmann u. Frau.

Rendsburg, Holst., August 1925.
Königsstr. 1.

Meine Verlobung mit Fräulein Etta Bothmann gebe ich hiermit bekannt.

Dr. Werner Beucker.

Halber i. W., August 1925.
3. St. Rendsburg.

Bestellungen auf
Rothkohl, Weißkohl u. Zwiebeln
für den Winterbedarf
nimmt entgegen
Frig Bangert,
Halber, Tel. 234.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 265), der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) und des § 23 der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 (Reichsgesetzblatt I Seite 175) und der Abänderung vom 18. April 1924 (Reichsgesetzblatt I Seite 413) in Verbindung mit Artikel III der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I Seite 44) wird nach Anhörung des Gemeindevorstandes für den Bezirk der Gemeinde Halber folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.
Fahrwerke jeglicher Art dürfen die Berlinerstraße in Halber von der Einmündung der Kirchstraße ab bis zu Frankfurterstraße und die Frankfurterstraße in Halber von Beginn bis zu Einmündung der Berlinerstraße nur im Schritt, Kraftfahrzeuge und Fahrräder nur mit einer Fahrgeschwindigkeit bis 15 km in der Stunde befahren.

§ 2.
Zu widerhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

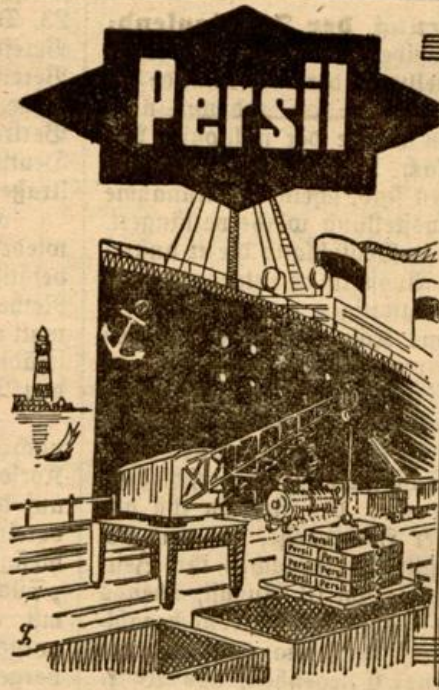
§ 3.
Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Halber, den 15. Mai 1925.

Die Polizeiverwaltung:
Der Amtmann: J. B. Bender.

Die Durchsicht

des Anzeigenteiles Ihres Heimatblattes dürfen Sie in Ihrem eigenen Interesse nie vergessen. Den in diesem Blatte inserierenden Geschäften gebe man beim Einkauf den Vorzug.



Persil

in jedem Erdteil

Das ist doch wirklich ein überwältigender Beweis seiner Güte. In der Tat, jede Hausfrau, die es einmal versucht hat, ist voll des Lobes und wünscht nichts anderes mehr! Zögern Sie nicht, einen Versuch zu machen. Sie werden es erfahren!

Mit Persil — halbe Arbeit, billiges Waschen und eine unvergleichlich schöne Wäsche!

Henkel, Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda.
das Einweichmittel.
Unübertroffen für Wäsche und Hausputz!

Verreist

bis einschl. 24. August 1925.

Dr. Grunicke.

Vertretung: Herr Dr. Sprenger.

Sprechzeit:
Mittwoch und Samstag nachmittag von 2½-5 Uhr in meinen Praxisräumen.

Zahnarzt Dr. Sprenger

hält in der Zeit vom 5.-23. 8

Mittwoch nachmittags

vertretungshalber

keine Sprechstunde

ab.



Landwehrverein
Oberbrügge.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden

Carl Petri

treten d. Kameraden am Mittwoch, den 5. Aug. 1925 nachm. 3 Uhr beim 1. Vorsitzenden an.
Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
der Vorstand.

Ein Beizer,
ein Kaltwalzer
sowie
ein jung. Bursche

für die Bedienung der Putzmaschine können sofort oder in 14 Tagen eingest. werden.
Walz- u. Drahtwerk
Halber.

Rucksäcke,

empfiehlt

Wth. Bell jr.

Halber.

Trauerdrucksachen

fertigt schnellstens an der Verlag dieser Zeitung.